

# Die wiederentdeckte Freundschaft

## 100 Tage nach dem Amtsantritt Joe Bidens in den USA ist die Zufriedenheit in Deutschland groß

Von unserem Redaktionsmitglied  
Alexei Makartsev

**Washington/Karlsruhe.** Deutschlands Außenminister klingt so, als könnte er das selbst noch nicht wirklich glauben. „Alles hat sich verändert“, sagt am Montagabend gleich mehrmals Heiko Maas (SPD) in einer Online-Konferenz der Deutschen Atlantischen Gesellschaft. Er meint Joe Biden.

„

Biden muss natürlich viele Trümmer aus der Trump-Zeit wegräumen.

**Manfred Berg**  
Experte für US-Geschichte

Die Bundesregierung hatte sich unter Donald Trump daran gewöhnen müssen, von den USA in wichtigen außenpolitischen Fragen ignoriert zu werden. Deutschland sei immer vor vollzogene Entscheidungen gestellt worden, plaudert der Sozialdemokrat per Video aus dem Nähkästchen. Die Euphorie in Berlin über den neuen Politikstil in Washington scheint groß zu sein. „Wir reden wieder. Es gibt Meinungsverschiedenheiten, aber im Wesentlichen kommen wir zu gleichen Ergebnissen“, berichtet Maas. Der Machtwechsel im Weißen Haus Anfang 2021 wurde in Deutschland so herbeigesehnt und mit solch hohen Erwartungen befrachtet wie vielleicht in keinem anderen Land der EU. Ein Grund dafür ist, dass die enge und freundschaftliche Beziehung der Bundesrepublik mit ihrem wichtigsten Außenhandelspartner, der hier rund 35.000 seiner Soldaten dauerhaft stationiert hat, zuletzt auf den tiefsten Punkt der Nachkriegszeit gesunken war. Als Präsident hat Trump keine Gelegenheit ausgelassen, um Deutschland öffentlich zu brüskieren, dessen Politik er „sehr schlecht“ für die USA befand. Im Kreis seiner Politikberater bezeichnete der republikanische Polterer



Zwei, die sich gut kennen: Angela Merkel (CDU) und Joe Biden, der vor acht Jahren die Kanzlerin noch als US-Vizepräsident besucht hat. In Berlin freut man sich über den neuen, konstruktiven Ton in den Beziehungen mit Washington. Foto: Maurizio Gambarini/dpa

die Deutschen in einem Atemzug mit China und Russland als Gegner und zog angeblich über Kanzlerin Merkel als „eine der größten Steptänzerinnen der Nato“ her. Mit Joe Biden würde alles besser werden, waren laut einer Allensbach-Umfrage im Januar 96 Prozent der deutschen Unternehmer und Politiker überzeugt. Sie wurden nicht enttäuscht. „Ich sehe auf der US-Seite die Bereitschaft, unsere Freundschaft wiederzubeleben“, freut sich etwa der Grünen-Politiker Cem Özdemir, der vor wenigen Monaten im Interview mit den BNN über den Zustand der US-Demokratie „im Nebel an Lügen und Verschwörungsideologien“ besorgt war. Als Mitglied im Außenausschuss und Chef des Verkehrsausschusses im Bun-

destag soll der frühere Grünen-Chef in den USA bestens vernetzt sein. Özdemir nennt seine jüngsten Gespräche mit Kongressabgeordneten in Washington ermutigend. „Das Interesse, mit uns zusammenzuarbeiten, ist immens“, sagt er und kritisiert vor dem Hintergrund der „Selbstbeschäftigung“ der Union im Streit um die Kanzlerkandidatur, dass Deutschland sich gerade selbst nicht als ein starker Partner zeige. „Wir haben vier Jahre mit Trump darben müssen, als eine Zusammenarbeit mit einem Ultrapopulisten unmöglich war. Jetzt kann sich Europa nicht mehr verstecken hinter Trump“, mahnt Özdemir an. „Die Augen sind auf uns gerichtet. Wir sind jetzt dran.“ Deutschland könne im Wettbe-

werb gegen China alleine nichts durchsetzen, aber mit den USA „deutlich mehr auf die Waage bringen“. Dafür müsse es aber auf Biden zugehen und zum Beispiel das Gasprojekt Nord Stream 2 beenden, „das gegen unsere eigenen Interessen ist“. Auch Manfred Berg sieht das so. Der Fachmann für US-Geschichte am Historischen Seminar der Universität Heidelberg kann es sich nicht anders vorstellen, als dass man in der Bundesregierung „über Biden heilfroh ist“. Ein starkes Indiz dafür, dass die Beziehungen 100 Tage nach dem Antritt von Trumps Nachfolger wieder „auftauen“ würden, sei laut Berg die jüngste Entscheidung der US-Regierung, ihre Truppen in Deutschland noch um 500 Soldaten zu verstärken.

„Das bedeutet aber auch, dass an uns Erwartungen herangetragen werden. Das wird in Deutschland leider oft übersehen, man sieht manches als eine Zumutung“, urteilt der Heidelberger Historiker. Er hält es ebenfalls für unabdingbar, dass Deutschland im Gegenzug sein gemeinsames Gasprojekt mit Russland aufgibt, mit dem sich die Bundesrepublik ohnehin international isoliert habe.

Berg ist zuversichtlich, dass Deutschland und die EU von der Wende in Washington profitieren werden: „Die USA haben klar signalisiert, dass sie zur Nato stehen und ein gutes Verhältnis zur EU anstreben. Die neue US-Regierung hat deutlich gemacht, dass sie den Multilateralismus schätzt und das Verhältnis zu allen Verbündeten reparieren will.“ Zwar könnte es weiterhin Streitigkeiten um den finanziellen Beitrag der Alliierten zur Nato oder um die Handelspolitik geben. Aber der Fachmann sieht einen „Riesenunterschied“ zu Trump darin, dass die neue US-Administration weder den Protektionismus auf ihre Fahnen schreibe noch den Handel als ein Nullsummenspiel sehe.

Die von den BNN befragten Experten stellen Biden auch innenpolitisch nach 100 Tagen im Amt ein gutes Zeugnis aus. „Viele haben geglaubt, dass er kein Risiko eingehen wird. Aber die ersten Maßnahmen machen deutlich: Er weiß, dass die Uhr läuft. Ob es die Schließung von Steuerschlupflöchern ist, der Klimaschutz oder das Impfen: Biden hält Wort und zieht seine Projekte durch, ohne falsche Rücksichten zu nehmen“, lobt Cem Özdemir.

Manfred Berg hebt den Gestaltungswillen von Trumps Nachfolger hervor, der aus seiner Sicht noch ein „Reformpräsident“ in der Tradition von Theodore Roosevelt werden könnte. „Biden muss natürlich viele Trümmer aus der Trump-Zeit wegräumen, aber ich sehe auch eine klare Kontur beim Umweltschutz und in der ökonomischen Pandemie-Bekämpfung mit klaren sozialen Komponenten“, urteilt der deutsche Historiker. Eine große Aufgabe sei die Versöhnung des gespaltenen Amerika: „Das kann man nicht in den ersten 100 Tagen einer Präsidentschaft reparieren.“

### Pressestimmen

#### Nur einmal zerstören

Mit den weltweit gestiegenen Rüstungsausgaben beschäftigen sich die folgenden Kommentarauszüge:

Für die europäische Verteidigungspolitik gilt Russland als wiedererstandene Bedrohung. Dabei wird man dem Kreml eine gehörige Portion Aggressivität nicht absprechen können. Aber wenn man die Nato-Rüstung der russischen gegenüberstellt, sieht man eine mehrfache Überlegenheit der Nato. Dass Russland darin eine Bedrohung sieht, ist verständlich. Sicher, Pazifismus wird kurzfristig die Welt nicht erlösen. Aber mit Armeen können Konflikte nur kurzfristig befriedet werden. Und für die gegenseitige Abschreckung, die auf Vernichtungsdrohung beruht, gibt es längst viel zu große Waffenarsenale. Schließlich kann man die Erde nur einmal zerstören.

Märkische Oderzeitung (Frankfurt)

Das Virus mag die zivile Wirtschaft verwenden – gegen die globalen Militärausgaben kommt es nicht an. Um 2,8 Prozent auf fast zwei Billionen Dollar sind die Rüstungsetats im Pandemie-Jahr 2020 gestiegen. Abschreckung hat eben immer Konjunktur, gerade jetzt, da sich China aufmacht, die Supermacht Amerika vom Thron zu stoßen.

Frankenpost (Hof)

**Stuttgart** (dpa). Unions-Kanzlerkandidat Armin Laschet will den Wirtschaftsexperten Friedrich Merz in sein Wahlkampfteam holen. „Friedrich Merz gehört für mich fest in den Mannschaftskader der Union für die Bundestagswahl“, sagte der CDU-Vorsitzende am Dienstagabend bei einer Videoschleife mit der baden-württembergischen CDU, die die Deutsche Presse-Agentur aus Teilnehmerkreisen erfuhr. Mit seiner Wirtschafts- und Finanzkompetenz könne Merz entscheidend dabei helfen, die gewaltigen Herausforderungen für Deutschland nach der Coronavirus-Pandemie nachhaltig zu meistern.

Von unserem Mitarbeiter  
Thomas Kaufner

**Hamburg.** Für die Förderung des Radverkehrs stehen nach Aussage von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) so viele Bundesmittel zur Verfügung wie noch nie. „Jetzt müssen die Kommunen zugreifen, jetzt muss auch das Geld abfließen“, sagte Scheuer am Dienstag bei einem Radverkehrskongress in Hamburg.

Er reagierte damit auf eine Forderung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) nach mehr Geld. Dessen Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg schreibt in einer am Dienstag aktualisierten Broschüre zur Radverkehrsförderung, ein maßgebliches Hindernis seien die Kommunalfinanzen, die milliarden-schwere Investitionsrückstände in der Verkehrsinfrastruktur aufwiesen. „Hier gilt es, konsequent gegenzusteuern, indem die Radverkehrsprogramme von Bund und Ländern zugunsten eines flächendeckenden Infrastrukturausbaus aufgestockt werden.“ Auch die Umweltorganisation BUND weist darauf hin, dass Förderangebote bisher daran gescheitert seien, dass Eigenanteile nicht aufgebracht werden konnten.

Aus Bundesmitteln werden laut Scheuer bis 2023 knapp 1,5 Milliarden Euro in den Radverkehr investiert. Die finanzielle Förderung des Radverkehrs durch Bund, Länder und Kommunen solle sich perspektivisch an rund 30 Euro je Person und Jahr orientieren, heißt es im Plan, doppelt so viel wie 2020. „Natürlich

## Laschet setzt auf Merz

### Kanzlerkandidat holt den Sauerländer in sein Team

Laschet sagte demnach weiter: „Die Union hat Deutschland schon durch viele schwere Krisen erfolgreich geführt, mit den richtigen Konzepten und den besten Köpfen. Friedrich Merz gehört für mich dazu. Nur im Team gewinnen wir.“ Bei der Videoschleife waren etwas weniger als 100 Funktions- und Mandatsträger der Südwest-CDU aus Land, Bund und Europaparlament dabei. Der CDU-Landeschef und Bun-

desvize Thomas Strobl sagte den Angaben zufolge: „Armin Laschet und Friedrich Merz bilden eine Union.“

Die baden-württembergische CDU ist der zweitgrößte Landesverband und hatte im Machtkampf um die Kanzlerkandidatur mehrheitlich CSU-Chef Markus Söder unterstützt. Auch der frühere Unions-Fraktionschef Merz ist in der Südwest-CDU sehr beliebt. Schon im Rennen um den CDU-Bun-

desvorsitz hatte sich die Landes-CDU in großen Teilen gegen Laschet gestellt und dessen Konkurrenten Merz gestützt. Laschets Schachzug, Merz einzubinden, dürfte auch der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 6. Juni geschuldet sein. Der Sauerländer wird auch von CDU-Anhängern im Osten Deutschlands sehr geschätzt.

Der CDU-Vorsitzende Laschet warnte in der Sitzung indes davor, wegen der sinkenden Umfragewerte den Grünen hinterherzulaufen. „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht so tun, als wären wir so etwas wie die Grünen“, sagte er den Angaben zufolge. Man müsse „CDU pur“ sein.

## Deutschland soll bis 2030 „Fahrradland“ sein

### Minister Scheuer sieht so viel Geld vom Bund wie nie zuvor als Anschubhilfe für den Radverkehr

Von unserem Mitarbeiter  
Thomas Kaufner

haben wir Nachholbedarf“, sagte Scheuer. Aber der Bund habe darauf reagiert. „Die Forderung nach Geld ist okay. Jetzt geht es darum, dass das Geld abfließt, und es ist so viel da wie nie zuvor.“

Landsberg sagte, viele Kommunen förderten bereits seit Jahren den Radverkehr und leisteten so einen Beitrag zum Klimaschutz. „Mit den zusätzlichen Mitteln für die Radverkehrsförderung besteht die Chance, eine Trendwende für den Radverkehr in allen Kommunen zu schaffen. Dieses Momentum gilt es nun zu nutzen.“ Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC), Ludger Koopmann, lobte, dass der Bund nun erstmalig

auch kommunale Radinfrastruktur finanziere. „Bisher scheiterte die Umsetzung vieler Radwege-Pläne auch am Geld – damit ist jetzt Schluss.“

Zu den Zielen gehören ein Ausbau von Fahrradparkplätzen, Radschnellwegen und überhaupt Radwegen sowie Maßnahmen für mehr Verkehrssicherheit, etwa über mehr geschützte Fahrstreifen. Bis 2030, so das Ziel, sollen Menschen im Schnitt 180 statt bisher 120 Wege per Rad zurücklegen.

Die vom Bund zur Verfügung gestellten Sonderzahlungen für den Ausbau der Radinfrastruktur werden nach Scheuers Angaben von Ländern und Gemeinden

stark nachgefragt. „Etwa 150 Kilometer neue Radwege und 1.790 neue Fahrradstellplätze wurden in den ersten drei Monaten beantragt“, sagte der Minister den Zeitungen der Funke Mediengruppe (Dienstag). „79 Millionen Euro Finanzhilfen aus dem Sonderprogramm sind dafür schon gebunden, und die nächsten Anträge aus den Ländern werden bereits geprüft.“ Unter bereits bewilligten 144 Vorhaben seien neben neuen Radwegen und Fahrradstellplätzen auch 17 Radwegbrücken beziehungsweise Radwegunterführungen, hieß es.

Der Umweltorganisation BUND und dem Verkehrsclub VCD gehen die Pläne

# 1,5

Milliarden Euro

Sonderzahlungen aus Bundesmitteln werden bis zum Jahr 2023 in den Radverkehr investiert.

aber nicht weit genug. „Klare Ziele und unterstützende Regulierungen, wie die Möglichkeit zur Einführung einer Citymaut oder von Null-Emissionszonen wurden und werden vom Minister aber immer blockiert“, kritisierte BUND-Geschäftsführerin Antje von Broock. Ebenso sieht der VCD „sehr gute Ansätze, allerdings fehlt ein klares Bekenntnis zu Tempo 30 innerorts“. Diese Kritik weist Scheuer indes zurück: „Es gibt schon jetzt die Möglichkeit mit guter Begründung 30er-Abschnitte einzurichten.“



Der Verkehrsminister tritt in die Pedale: Andreas Scheuer radelt und verspricht mehr Geld zur Förderung des umweltfreundlichen Fortbewegungsmittels. Foto: Ulrich Perrey/dpa



Kalenderblatt

28. April

2001 – Als erster Weltraumtourist startet der 60-jährige Amerikaner Dennis Tito mit zwei Kosmonauten vom russischen Weltraumbahnhof Baikonur in Kasachstan ins All. Für seine Reise ins All hatte Tito 20 Millionen Dollar gezahlt.

1951 – Die erste Bundesgartenschau wird in Hannover eröffnet. dpa